



Interessiert verfolgen diese drei Besucher die Wahlkampfveranstaltung unter dem Motto „Wir wählen Inklusion“. • Fotos: Rother

Einfach unterschiedlich

Großes Interesse an Wahlveranstaltung für Menschen mit geistiger Behinderung

Von Alexander Schäfer

HAMM ▪ Wahlkampfveranstaltungen sind in der Regel kein Publikumsmagnet, besonders dann nicht, wenn es sich um eine Podiumsdiskussion handelt. Ausnahmen sind die Auftritte von bundesweit bekannten Spitzenpolitikern. Umso beachtlicher war deshalb die Resonanz auf die Veranstaltung, die gestern Vormittag in den Zentralhallen stattfand. Die Lebenshilfe hatte zur – nach eigener Aussage – „weltweit ersten Wahlveranstaltung für Menschen mit geistiger Behinderung“ eingeladen. Rund 400 Interessierte kamen, um sich von den Direktkandidaten des Wahlkreises Hamm-Unna II ein Bild zu machen.

Bei der Bundestagswahl am 22. September werben in Hamm, Lünen, Werne und Selm acht Kandidaten um die Erststimme, mit Sylvia Jörrißen (CDU), Michael Thews (SPD), Christoph Dammermann (FDP), Marie Dazert (Grüne) und Udo Gabriel (Die Linke) saßen fünf auf dem Podium. Für die Piraten war nicht deren Kandidat Martin Böckel erschienen, sondern der Landtagsabgeordnete Stefan Fricke. Mit dieser Personalie konnten die Piraten gleich zeigen, dass sie Inklusion, also die Teilhabe Behinderter am normalen Leben, ernst nehmen. Fricke sitzt als Contergan-Opfer im Rollstuhl.

Eine Nähe zu den Behinderten mussten also erstmal



Die Podiumsveranstaltung in den Zentralhallen war gut besucht.

die anderen Politiker herstellen. Dabei wirkten sie manchmal etwas zu bemüht. So erzählte Jörrißen, dass sie sich freut, wenn sie den Achim, der in ihrer Nachbarschaft in Heessen wohnt, auf dem Fahrrad sieht. Tatsächlich, Behinderte im Stadtbild! Das fand auch Dammermann erwähnenswert. Dass Bethel in Bielefeld mittendrin in der Stadt sitzt und man dadurch Behinderte in der Stadtbahn treffe, fand der Liberale ein gutes Beispiel gegen Ausgrenzung. Und Thews erzählte von seinen Besuchen in der Sternschnuppen-Disko in Lünen, wo sich behinderte und nicht-behinderte Menschen treffen.

Im Vorfeld hatte sich die Lebenshilfe gewünscht, dass die behinderten Menschen durch die Anwendung von Bildern, Videos und einer „einfachen Sprache“ seitens der Politiker die Möglichkeit bekommen, politische

Inhalte zu verstehen, um sich so eine Meinung bilden zu können. In den professionellen Wahlwerbevideos von CDU und FDP tauchen neben den „Erfolgen der vergangenen vier Jahre“ schöne Menschen und ein putziger Hund auf, aber keine Behinderten.

Wahlprogramme in „leichter Sprache“

Besser ist da schon Marie Dazert. Ihr „Film in leichter Sprache“ leidet zwar unter schlechter Tonqualität, dafür übersetzt eine Gebärdendolmetscherin die politischen Forderungen der Grünen. Das Video der Linken kommt in 08/15-Qualität daher. Aber was viel wichtiger ist: Es kommen darin Behinderte zu Wort.

„Wir wählen Inklusion. Nicht übereinander, sondern miteinander reden!“ Das Motto der Veranstaltung wurde nach der Vor-

stellungsrunde der Kandidaten umgesetzt. Behinderte stellten ihre Fragen und machten so deutlich, was sie vier Wochen vor der Bundestagswahl beschäftigt: Warum sind Behinderte trotz Anti-Diskriminierungsgesetz in Werkstätten und nicht auf dem ersten Arbeitsmarkt beschäftigt? Warum gibt es für sie so wenig Freizeitmöglichkeiten? Warum ist in anderen Ländern die Akzeptanz gegenüber Behinderten größer? Warum sind Supermärkte nicht behindertengerecht? Warum dürfen Behinderte mit ihrer Arbeit nicht mehr verdienen?

Natürlich sprachen sich alle Politiker für mehr Inklusion aus, ihre Wahlprogramme gibt es übrigens auch in „leichter Sprache“. Echte Wahlkampfstimmung kam angesichts des Themas nicht auf. Einzig der Linken-Vertreter Gabriel suchte die Abgrenzung von der „neoliberalen Koalition aus CDU, FDP, SPD und Grünen“. Sie sei an den von den Behinderten genannten Missständen schuld. Wer nicht regieren muss, hat eben leicht reden. Die Kritik von links konterte nur Dammermann. Und: Der Liberale bewies, dass er es mit Inklusion ernst meint – und eben keine Unterschiede macht: Erst sich selbst helfen, dann den Staat fragen: Das gelte nicht nur für Nicht-Behinderte, sondern eben auch für Behinderte.